

Pressespiegel vom 12. bis 14.11.2011

Sächsische Zeitung

70 Menschen beim Blockadetraining

Die geplanten Blockaden gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden werden zur Schlüsselfrage für gemeinsame parteiübergreifende Proteste. Am Samstag kamen Bürger zum Blockadetraining. Sie sehen sich im Recht.

Dresden. Das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ will im Februar 2012 zum dritten Mal in Folge den alljährlichen Aufzug von Neonazis in Dresden mit Blockaden verhindern. Am Samstag trafen sich in der Elbestadt etwa 70 Menschen - vom Jugendlichen bis zum Rentner - bei einem Blockadetraining. Die Gewerkschaft Verdi hatte dafür ihre Räume geöffnet. Die Organisatoren stellten klar, dass sie allein mit friedlichen Mitteln des zivilen Ungehorsams Europas größten Neonazi-Aufmarsch vereiteln möchten. Man wolle noch viel mehr Bürger als bisher ermutigen, an den Blockaden teilzunehmen und den Rechtsextremen nicht die Straße zu überlassen, hieß es.

Dresden erinnert jedes Jahr im Februar an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Das Datum wird von Rechtsextremen politisch missbraucht und für Aufmärsche genutzt. Dagegen regt sich wachsender Protest, in diesem Jahr gab es etwa 25.000 Gegendemonstranten. 2010 und 2011 konnten keine Neonazis durch die Stadt laufen, weil Tausende Menschen die Marschstrecke blockierten. Die Staatsanwaltschaft Dresden und auch die CDU/FDP-Koalition in Sachsen halten Blockaden für eine Straftat. Die Opposition und das Bündnis Nazifrei! verweisen auf das Recht von Gegendemonstrationen und sehen sich durch Urteile aus anderen Bundesländern im Recht.

Die Grünen-Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen sprach sich am Samstag für einen möglichst breiten zivilgesellschaftlichen Protest aus. Die Juristin hatte sich für das Training angemeldet. Jähnigen zufolge ist friedlicher Protest in Sicht- und Hörweite sowie die „gewaltfreie Platzbesetzung“ durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes gedeckt. Beim anschließenden Training ging es vor allem um praktische Dinge - um den Inhalt des „Demo-Rucksackes“ mit warmer Kleidung, Wechselsachen und Essen bis hin zu rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Versammlungsgesetz. Nach Auffassung der Organisatoren kann ein solches Training zu besonnenem Verhalten Eskalationen vermeiden.

Der CDU-Parlamentarier Christian Hartmann lehnte am Samstag Blockaden erneut strikt ab. Auch die CDU trete klar gegen Rechtsextremismus auf. Wer aber Blockaden als legitimes Mittel sehe, leiste dem Rechtsstaat keinen Gefallen. Versammlungsfreiheit sei ein Verfassungsrecht und müsse für alle gelten. „Ich halte es für sehr schwierig, mit rechtswidrigen Mitteln die Meinungsfreiheit eines anderen blockieren zu wollen.“ Verdi-Bezirksgeschäftsführer Frank Fischer widersprach. Es gebe eine gesellschaftliche Verantwortung, Neonazis nicht das Feld zu überlassen. Dabei lehne die Gewerkschaft aber jede Form von Gewalt ab.

Bei den Aufmärschen am 19. Februar dieses Jahres war es in Dresden zu Gewaltausbrüchen gekommen. Mehr als 100 Polizisten und bis zu 150

Demonstranten wurden verletzt. Die Staatsanwälte ermitteln aber nicht nur gegen Gewalttäter, sondern auch gegen jene Bürger, die friedlich mit Sitzblockaden den Weg versperrten. Das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ befürchtet, dass Bürger so eingeschüchert und vom Protest abgehalten werden. Nach Angaben der Organisatoren hatten in diesem Jahr bundesweit 800 Organisationen und etwa 12.000 Einzelpersonen den Aufruf des Bündnisses unterzeichnet. Auch 2012 wird mit tausenden Teilnehmern aus ganz Deutschland gerechnet. (dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/70_Menschen_beim_Blockadetraining/articleid-2911820

CDU: Gemeinsamer Protest statt Blockaden

Die geplanten Blockaden gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden werden zur Gretchenfrage für gemeinsame Proteste der Demokraten. Die CDU will sogar mit Linken auf die Straße gehen - aber nur ohne Blockaden.

Dresden. Die CDU lehnt Blockaden gegen die Dresdner Neonazi-Aufmärsche strikt ab und reicht allen Demokraten zum friedlichen Protest die Hand. „Wenn sich alle Parteien und Organisationen auf eine Protestform verständigen, dann kann es eine große Demonstration in Sicht- und Hörweite der Neonazis geben“, sagte der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Hartmann in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa.

Dies wäre ein deutliches Signal gegen rechtsextreme Umtriebe. „Warum einige auf Blockaden bestehen, leuchtet nicht ein. Das ist für uns die Grenze. Diese Grenze wollen wir nicht überschreiten“, stellte der Parlamentarier für die Union klar.

Blockaden keine Alternative

Hartmann - von Beruf Polizist - hatte unlängst mit einer vielbeachteten Rede im Landtag die Weichen für ein gemeinsames Vorgehen gegen Neonazis gestellt. Bis dato hatte sich die Union geweigert, zusammen mit Linken gegen Rechtsextreme Flagge zu zeigen. „In der Vergangenheit waren wir zu pauschal in der Ablehnung eines gemeinsamen Protestes“, räumte Hartmann ein.

Die von Linken und Grünen unterstützten Blockaden seien aber rechtswidrig und könnten deshalb keine Alternative sein. Zudem hält Hartmann sie für nicht zwingend erforderlich, um ein deutliches Signal gegen Neonazis zu setzen.

„Das Ziel muss ein gemeinsamer Protest sein. Will ich einen gemeinsamen Protest dieser Stadt gegen Nazis oder will ich die Monstranz der Blockade vor mir hertragen“, fragte der 37-Jährige. Die Versammlungsfreiheit sei ein Verfassungsrecht und müsse für alle gelten. „Ich halte es für sehr schwierig, mit rechtswidrigen Mitteln die Meinungsfreiheit eines anderen blockieren zu wollen.“

Ziviler Ungehorsam damals und heute

Auch die CDU trete klar gegen Rechtsextremismus auf. Wer aber Blockaden als legitimes Mittel betrachte, leiste dem Rechtsstaat keinen Gefallen. „Ich möchte sehen was passiert, wenn die Rechten sich vor die nächste Maikundgebung setzen und

sagen: Das ist ein legitimes Mittel.“

Hartmann sagte, er finde es unzulässig, zivilen Ungehorsam zu DDR-Zeiten mit der jetzigen Lage zu vergleichen. „Die DDR war eine Diktatur. Der Protest, der sich 1989 entfaltete, war der Protest von Menschen gegen die Willkür eines Staates.“ Die Macht der Straße habe damals dazu geführt, dass die Staatsorgane resignierten.

Nach den Worten Hartmanns gingen 1989 Menschen auch für die freie Meinungsäußerung auf die Straße. „Und es gab den Slogan: Keine Gewalt“. Das alles mache die Situation mit den zuletzt gewalttätigen Ausschreitungen bei den Demonstrationen in Dresden unvergleichbar. (dpa)

Gespräch: Jörg Schurig, dpa

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/CDU_Gemeinsamer_Protest_statt_Blockaden/articleid-2911810

Pirnaer Verein will gegen Demokratieerklärung klagen

Pirna. Der alternative Verein Akubiz aus Pirna in der Sächsischen Schweiz will gegen die Demokratieerklärung des Bundes juristisch vorgehen. „In der nächsten Woche wird Klage beim Verwaltungsgericht Dresden eingereicht“, bestätigte eine Sprecherin des Vereins am Samstag Medienberichte. Dieser hatte für den Druck eines Flyers Fördermittel in Höhe von 600 Euro beim Jugendamt des Kreises beantragt. Die Auszahlung der Mittel aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ sei aber mit der Unterzeichnung jener Erklärung verknüpft gewesen. Ein Widerspruch wurde abgewiesen. Eine ähnliche Erklärung gibt es auch auf Ebene des Landes. (dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Pirnaer_Verein_will_gegen_Demokratieerklaerung_klagen/articleid-2911823

Wenn die Sitzblockade zum Blütenplenum wird

Von Henry Berndt

Ortstermin. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ hat am Wochenende zum öffentlichen Blockadetraining eingeladen – und mit einigen Tipps überrascht.

Zum Start in den Nachmittag gibt es einen Crashkurs in Sachen demokratischer Meinungsbildung: Die Presse wurde eingeladen, soll nun aber bitte auch selbst teilnehmen am umstrittenen Blockadetraining. Auch die Fotografen.

Was tun? Es wird um Wortmeldungen gebeten. Dann eine Abstimmung: Wer will sich fotografieren lassen, wer nicht? Bitte entsprechende Gruppen im Zimmer bilden. Wer will die Presse gleich ganz rausschmeißen? Niemand. Nach einer halbstündigen Diskussion kann es losgehen.

Die Rückkopplungen quietschen. Durch ein Megafon gibt Volker aus Jena seine Anweisungen kund. Ein „Blütenplenum“ sollen die Anwesenden bilden, das heißt, sich im Kreis hinter ihre Gruppensprecher setzen. Wie eine Blüte eben. Sein Megafon braucht Volker in den Räumen der Gewerkschaft Verdi nicht wirklich, doch es wirkt authentischer. Als Experte ist er am Sonnabend beim Blockadetraining zu

Gast, organisiert vom Bündnis „Dresden Nazifrei“. Trainiert werden soll für die Blockade künftiger Aufmärsche Rechtsextremer in der sächsischen Landeshauptstadt. Nur etwa 50 Leute sind der Einladung gefolgt, junge Frauen in Kapuzenshirts, ältere Herren im Strickpullover. Massenblockaden lassen sich so nur schwer üben.

Doch die Teilnehmerzahl ist zweitrangig. Man will vor allem ein Zeichen setzen: Gewaltfreie Blockaden können funktionieren. Die Aufklärung soll helfen, Szenen wie die vom 19. Februar dieses Jahres zu vermeiden. Mehrere Tausend Menschen verhinderten damals in Dresden einen Aufmarsch Rechtsextremer. Dabei kam es allerdings zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizisten. Noch immer stünden rund 50 Gerichtsverhandlungen gegen Mitglieder des Bündnisses aus, heißt es.

„Wir sehen uns in der Tradition des zivilen Ungehorsams“, sagt Bündnis-Sprecher Henning Jansen. „Wir sprechen den Nazis das Recht ab, ihre Propaganda verbreiten zu dürfen.“ Dabei sei sich das Bündnis bewusst, dass es in einer „rechtlichen Grauzone“ agiere. Andere nennen es einen Rechtsbruch. Etwa Politiker von CDU und FDP oder die Deutsche Polizeigewerkschaft. Sie alle hatten das Blockadetraining im Vorhinein scharf kritisiert.

Die grüne Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen sieht das anders. „Gewaltfreie Platzbesetzung muss von der Versammlungsfreiheit gedeckt sein“, sagt sie, bevor sie sich selbst zu den anderen in den Stuhlkreis setzt. Vorn auf einem Flipchart steht „Herzlich willkommen zum Blockadetraining“. Nach einer anonymen Vorstellungsrunde gibt es den ersten Input: Wie im Spiel „Ich packe meinen Koffer“ lernen die Teilnehmer, was so alles in einen Demonstrationsrucksack gehört: Wärmedecke, Sitzkissen und Wechselsachen. Und was nicht: Waffen, Regenschirme und Pfefferspray. Auch Handys sind gefährlich, heißt es. Im Ernstfall könnten ja Kontaktdaten „in die falschen Hände“ gelangen. Twittern über das Smartphone ist eine schlechte Idee, ein Zettel für Gedächtnisprotokolle eine gute. Ein Trainingsteilnehmer schlägt vor, sich die Telefonnummer des Ermittlungsausschusses mit wasserfestem Stift auf den Arm zu schreiben – für den Fall einer Verhaftung.

Später im Training gibt es noch Hinweise zum „Wegtragen-lassen“ und zum „Durchfließen von Polizeiketten“. „Unsere Gegner sind allerdings nur die Nazis“, betont der Dresdner Verdi-Chef Frank Fischer. Die Beamten stünden schlicht manchmal im Weg. „In anderen Städten kann man doch auch bis in Spuckweite an die Nazis ran“, sagt Bündnis-Sprecher Jansen.

Unten an der Eingangstür hängt ein Zettel mit krakeliger Schrift: „Von der Veranstaltung ausgeschlossen sind Personen, die neonazistische Parteien oder Organisationen angehören“ ist darauf zu lesen. Wenn eine solche Person den Besuch des Trainings plante, dann erfüllte der Zettel wohl seinen Zweck. Es bleibt ruhig an diesem Sonnabendnachmittag.

<http://www.sz->

[online.de/Nachrichten/Sachsen/Wenn_die_Sitzblockade_zum_Bluetenplenum_wird/articleid-2911975](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Wenn_die_Sitzblockade_zum_Bluetenplenum_wird/articleid-2911975)

Mörderische Dimension in Braun

Die Terrorzelle von Zwickau preist sich als „Nationalsozialistischen Untergrund“. Unbehelligt soll sie über Jahre hinweg Ausländer getötet haben.

Nicht schlecht, dieser Lohn. Rund 200.000 Mark waren auch für einen jungen Mann um die 20 wie Tino Brandt aus dem thüringischen Rudolstadt eine Menge Geld. Nicht nur sein Gehalt war außergewöhnlich, auch sein Arbeitgeber, der Thüringer Verfassungsschutz.

Kurz nach seiner Enttarnung im Mai 2001 erzählt Brandt dem nationalgesinnten, in Südafrika lebenden Publizisten Claus Nordbruch, für seine Spitzeldienste habe er wöchentlich 800 Mark von seiner Führungsperson aus Erfurt erhalten, „meist donnerstags während der Mittagspause zwischen 12 und 13Uhr“. Tino Brandt, ehemaliger Landeschef der Thüringer NPD und Kopf des rechtsextremen „Thüringer Heimatschutzes“, kannte sie, die drei aus Zwickau, die offensichtlich eine grausame Spur des Terrors in Deutschland hinterlassen haben.

„Es ist nachweisbar, dass das Neonazi-Trio aus Zwickau eng mit Brandt befreundet war“, sagt der Rechtsextremismusforscher und Politikwissenschaftler Hajo Funke von der Freien Universität Berlin. Nachdem in Jena 1998 Rohrbomben, Sprengstoff und Waffen entdeckt worden waren und Uwe Mundlos, Uwe Bönhardt sowie Beate Zschäpe danach für 13 Jahre in der Versenkung verschwanden, habe der Verfassungsschutz zugelassen, dass sich Rechtsterroristen hätten formieren können. Entsetzt stellt der Vorsitzende des für die Kontrolle der Geheimdienste zuständigen Parlamentarischen Gremiums, der SPD-Politiker Thomas Oppermann, fest: „Der Thüringer Verfassungsschutz hatte 24 Aktenordner über die Szene in der Region, ansonsten aber keine Ahnung.“

Der Helfer aus Hannover

In der Tat sind auch am Wochenende neue Indizien aufgetaucht, die dafür sprechen, dass die braune Dreierbande bis zuletzt Helfer gehabt haben muss, zum Beispiel nahezu perfekt gefälschte Ausweise. In der Nähe von Hannover hat die Bundesanwaltschaft eine Wohnung durchsuchen lassen und einen Mann festgenommen, der ein Komplize des Trios gewesen sein soll. Holger G. ist mit 37 Jahren im selben Alter wie Mundlos (38), Bönhardt (34) und Zschäpe (36), die zuletzt in einer 120 Quadratmeter großen Wohnung in Zwickau Unterschlupf gefunden hatten. Mundlos und Bönhardt waren nach einem Banküberfall in Eisenach am Freitag vor einer Woche tot in einem Wohnmobil gefunden worden, Zschäpe stellte sich am vergangenen Dienstag der Polizei.

Seit Ende der 1990er-Jahre soll Holger G. mit dem Trio in Kontakt gehabt haben, mit einem der Straftäter in Jena sogar aufgewachsen sein. Die Ermittler vermuten, dass Holger G. 2007 seinen Führerschein und vor etwa vier Monaten seinen Reisepass zur Verfügung stellte. Zudem soll er mehrfach Wohnmobile angemietet haben, unter anderem eines, das beim Mordanschlag auf eine Polizeistreife in Heilbronn benutzt wurde. Bei dem Attentat 2007 kam eine 22Jahre alte Polizistin ums Leben.

Wenn es um die drei von Zwickau geht, sprechen Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt inzwischen von einer terroristischen Vereinigung namens

„Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Sie soll nicht nur für den Mord in Heilbronn verantwortlich sein, sondern auch für die Tötung von neun Ausländern, die kleine Geschäfte wie Döner- oder Blumenläden betrieben. Offen ist, ob auch die Ermordung eines Döner-Imbiss-Betreibers in Döbeln am 1. November auf das Konto der NSU geht. Weiterhin unklar ist zudem, welche Rolle der Johannegeorgenstädter Matthias Dienelt spielte, der die Wohnung in Zwickau gemietet und dann an das Trio untervermietet hatte. Bei den Nachbarn hatte sich Böhnhardt mit eben diesem Namen vorgestellt, Beate Zschäpe nannte sich unter anderem Susann Dienelt.

Die Rollenverteilung im Trio war klar definiert: Uwe Böhnhardt war der Militante; ihm wurde schon zu Jugendzeiten eine starke Begeisterung für Waffen nachgesagt. Uwe Mundlos hingegen war der Intellektuelle, sein Vater ist Informatik-Professor. Bekannte bescheinigen seinem Sohn tadellose Manieren und ein „gutes Elternhaus“. Beate Zschäpe war eine Mitläuferin, die wohl mit beiden Männern abwechselnd liiert war.

Den Ermittlern gegenüber gab die 36-Jährige bislang nur an, Gärtnerin gelernt zu haben, derzeit aber arbeitslos zu sein. Zu den anderen Verdachtsfällen schweigt sie. Angeblich will sie nur aussagen, wenn ihr als Kronzeugin Strafmilderung zugesichert wird. Zschäpe soll die Explosion in der Zwickauer Wohnung selbst ausgelöst haben, um Spuren zu verwischen.

Im Brandschutt fanden die Kriminalisten dennoch ein Arsenal von 15 Waffen, darunter die Tatwaffen der Döner-Morde und des Polizistinnenmordes. Außerdem haben vier DVDs das Feuer überstanden. Darauf habe die Zwickauer Zelle eine Art Geständnis hinterlassen, berichten das Magazin „Der Spiegel“ und die Tageszeitung „taz“. Das Trio habe erklärt, ihre Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ sei ein „Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz ‚Taten statt Worte‘“. Außer den Dönermorden brüstete sich die Gruppe darin zudem mit dem Nagelbombenattentat von Köln im Juni 2004, das sich in einer überwiegend von Türken bewohnten Straße ereignete und 22 Verletzte forderte. Die Polizei will nun zudem prüfen, ob auch der im Dezember 1998 in Berlin verübte Anschlag auf das Grab von Heinz Galinski, dem einstigen Präsidenten des Zentralrats der Juden, der NSU zuzuordnen ist sowie die Sprengstoffanschläge auf die Wehrmachtsausstellung im März 1999 in Saarbrücken und auf den jüdischen Friedhof in Berlin-Charlottenburg im März 2002.

Mahnwache und Sondersitzung

Offenbar war die Zwickauer Zelle tatsächlich so etwas wie eine Braune-Armee-Fraktion. Für den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, André Schulz, hat der Rechtsextremismus in Deutschland eine „neue Dimension“ bekommen. Warnungen davor existieren schon seit mehr als zehn Jahren. 2000 stellte Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm fest, dass nicht nur bei einzelnen Rechtsextremisten, sondern auch bei rechten Organisationen immer häufiger Waffen gefunden würden.

Die Terroranschläge in New York vom 11. September 2001 aber stellten die Arbeit des Verfassungsschutzes auf den Kopf. Rechts- und Linksextremismus rückten in den Hintergrund, militanter Islamismus stand fortan im Mittelpunkt der Arbeit des Inlandsgeheimdienstes. Jetzt folgt offenbar das böse Erwachen. Die elf Jahre alte Warnung Fromms scheint wahr geworden zu sein, und die Verfassungsschützer

müssen sich vorwerfen lassen, einen wichtigen Gefahrenbereich vernachlässigt zu haben.

Die Welle der Empörung schwappt bereits. Die Türkische Gemeinde in Deutschland und der Türkische Bund Berlin-Brandenburg hielten gestern Nachmittag eine Mahnwache. Die Linke in Sachsen will wissen, wie das schwerkriminelle Trio in Sachsen untertauchen konnte, und hat deswegen eine Sondersitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission beantragt. Beate Zschäpe soll schon seit Mai 2001 im Freistaat unter falschem Namen gelebt haben – in der Zwickauer Innenstadt in der Polenzstraße. (SZ/uwo/dpa/dapd)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2911978>

Die unterschätzte Gefahr von rechts

Dieter Schütz über die Zwickauer Neonazi-Zelle

Ein Thriller-Autor hätte sich das nicht spannender ausdenken können: Da gibt es eine rechtsextreme Gruppe, die im Untergrund agiert und 13 Jahre lang unbehelligt zahlreiche Morde an Ausländern begeht – und die Behörden kriegen nichts von dieser Terrorzelle mit. So etwas könnte Stoff liefern für eine ganze Krimiserie.

Zur Zwickauer Neonazi-Bande gibt es derzeit allerdings mehr Fragen als Antworten. Alles bleibt reichlich dubios. Vor allem muss schnellstens eines geklärt werden: Was wusste eigentlich der Verfassungsschutz? Wie kann es sein, dass eine solche Gruppe zuerst observiert wurde und dann jahrelang spurlos verschwinden kann?

Eines steht jedenfalls fest: Deutsche Politiker haben die Gefahr, die von rechten Gewalttätern ausgeht, jahrelang unterschätzt. Noch im jüngsten Verfassungsschutzbericht von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich findet sich der lapidare Satz: „Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar.“ Hat der Verfassungsschutz wirklich so tief geschlafen?

Wenn sich die bisher bekannten Hinweise bestätigen sollten, dann muss die Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland völlig neu geschrieben werden.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Die_unterschaetzte_Gefahr_von_rechts/articleid-2912469

Dresdner Neueste Nachrichten

Bündnis Dresden-Nazifrei trainiert für Sitzblockaden gegen Demonstrationmärsche

dbr / sl

Dresden. Etwa 70 Teilnehmer folgten am Samstagnachmittag dem Aufruf des Aktionsbündnisses Dresden-Nazifrei zum Blockadetraining. In den Räumen der Gewerkschaft ver.di an der Cottaer Straße probten sie unter Anleitung erfahrener Trainer für den 13. Februar 2012, dem Jahrestag der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. „Unser politischer Gegner sind die Nazis“ erklärte ein Sprecher des Bündnisses mit Blick auf die anstehenden Demonstrationmärsche von

Neonazis an dem Tag. Dabei stellte das Bündnis klar, dass sie den Kontakt mit der Polizei in Kauf nehme, diese jedoch nicht ihre Gegner seien. Frank Fischer, Vorsitzender der Ortsgruppe ver.di, bekräftigte: „Dieses Bündnis distanziert sich von jeglicher Gewalt. Wichtig ist, dass wir Gesicht zeigen gegen die Nazis.“ Leider gebe es immer ein paar Chaoten, die gewalttätig würden, räumte er ein.

Beim Training erhielten die Teilnehmer zunächst grundlegende Infos. Ratsam sei demnach genügend Verpflegung mitzunehmen, ein Sitzkissen parat zu halten und Wechselkleidung in einen Rucksack zustecken. Letztere sei besonders nach Einsätzen von Wasserwerfern notwendig, so der Ratschlag. Das Training sollte ebenfalls dazu dienen, besonnen in angespannten Lagen zu reagieren und die Kommunikation in den umstrittenen Blockaden zu üben.

Im Vorfeld der Übung gab es seitens der CDU und FDP Kritik gegenüber der Gewerkschaft ver.di. „Ich kann nur an die Gewerkschaft appellieren, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Sie darf denjenigen, die gewalttätige und rechtswidrige Aktionen vorbereiten, keine Plattform bieten“, erklärte der Dresdner CDU-Landtagsabgeordnete Christian Hartmann.

„Es ist erschreckend, dass sich Verdi von potentiellen linken Gewalttätern vor den Karren spannen lässt. Ich sehe es als Liberaler nicht als Aufgabe einer Gewerkschaft, linken Chaoten Schulungen zum gewaltsamen Blockieren genehmigter Demonstrationen oder gar zum Widerstand gegen Polizisten zu ermöglichen“, ergänzte der FDP-Landtagsabgeordnete Benjamin Karabinski. „Aber letztlich müssen die Gewerkschaftsmitglieder entscheiden, ob sie dafür ihre Beiträge zahlen.“

Für Verdi-Landessprecher Jörg Förster sei die Kritik hingegen nicht nachvollziehbar. Es gehe um eine wichtige Übung, was auf einer Demo passieren könne. Man werde sich nicht verbieten lassen, friedlich gegen Nazis zu demonstrieren, so Förster gegenüber DNN-Online.

© DNN-Online, 12.11.2011, 16:55 Uhr

http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&DetailPortlet_WAR_queport_querystring=Bue ndnis-Dresden-Nazifrei-trainiert-fuer-Sitzblockaden-gegen-Demonstrationsmaersche-1781136804

13. Februar in Dresden: CDU will gemeinsamen Protest statt Neonazi-Blockaden

dpa

Dresden. Die CDU lehnt Blockaden gegen die Dresdner Neonazi-Aufmärsche strikt ab und reicht allen Demokraten zum friedlichen Protest die Hand. „Wenn sich alle Parteien und Organisationen auf eine Protestform verständigen, dann kann es eine große Demonstration in Sicht- und Hörweite der Neonazis geben“, sagte der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Hartmann in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa. Dies wäre ein deutliches Signal gegen rechtsextreme Umtriebe. „Warum einige auf Blockaden bestehen, leuchtet nicht ein. Das ist für uns

die Grenze. Diese Grenze wollen wir nicht überschreiten", stellte der Parlamentarier für die Union klar.

Hartmann - von Beruf Polizist - hatte unlängst mit einer vielbeachteten Rede im Landtag die Weichen für ein gemeinsames Vorgehen gegen Neonazis gestellt. Bis dato hatte sich die Union geweigert, zusammen mit Linken gegen Rechtsextreme Flagge zu zeigen. „In der Vergangenheit waren wir zu pauschal in der Ablehnung eines gemeinsamen Protestes", räumte Hartmann ein.

Die von Linken und Grünen unterstützten Blockaden seien aber rechtswidrig und könnten deshalb keine Alternative sein. Zudem hält Hartmann sie für nicht zwingend erforderlich, um ein deutliches Signal gegen Neonazis zu setzen.

„Das Ziel muss ein gemeinsamer Protest sein. Will ich einen gemeinsamen Protest dieser Stadt gegen Nazis oder will ich die Monstranz der Blockade vor mir hertragen", fragte der 37-Jährige. Die Versammlungsfreiheit sei ein Verfassungsrecht und müsse für alle gelten. „Ich halte es für sehr schwierig, mit rechtswidrigen Mitteln die Meinungsfreiheit eines anderen blockieren zu wollen."

Auch die CDU trete klar gegen Rechtsextremismus auf. Wer aber Blockaden als legitimes Mittel betrachte, leiste dem Rechtsstaat keinen Gefallen. „Ich möchte sehen was passiert, wenn die Rechten sich vor die nächste Maikundgebung setzen und sagen: Das ist ein legitimes Mittel."

Hartmann sagte, er finde es unzulässig, zivilen Ungehorsam zu DDR-Zeiten mit der jetzigen Lage zu vergleichen. „Die DDR war eine Diktatur. Der Protest, der sich 1989 entfaltete, war der Protest von Menschen gegen die Willkür eines Staates." Die Macht der Straße habe damals dazu geführt, dass die Staatsorgane resignierten.

Nach den Worten Hartmanns gingen 1989 Menschen auch für die freie Meinungsäußerung auf die Straße. „Und es gab den Slogan: Keine Gewalt". Das alles mache die Situation mit den zuletzt gewalttätigen Ausschreitungen bei den Demonstrationen in Dresden unvergleichbar.

© DNN-Online, 12.11.2011, 10:53 Uhr

http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&_DetailPortlet_WAR_queport_querystring=13-Februar-in-Dresden-CDU-will-gemeinsamen-Protest-statt-Neonazi-Blockaden-1090825831

Blockierer „nehmen sich das Recht“

Rund 50 Teilnehmer kamen zum Training vom „Bündnis Nazifrei“ für den Februar 2012

Mit einem Blockadetraining haben sich am Sonnabend etwa 50 Menschen in den Räumen der Gewerkschaft Verdi in der Friedrichstadt auf den Februar 2012 vorbereitet. Zum Training gehörten praktische Übungen wie etwa das Sitzen in großen Gruppen, bei dem man sich unterhakt, um von der Polizei schlechter

gegriffen und aus einer Blockade herausgelöst werden zu können. Zum Training gehörten aber auch Erläuterungen zur richtigen Ausrüstung an solchen Tagen und zur Kommunikation in Demonstrationsgruppen, Begriffserklärungen und die Übung von Handsignalen

Heftige Kritik hatte die Ankündigung ausgelöst, dass das Blockadetraining stattfinden soll. Ursprünglich war es im Rahmen einer Veranstaltung des Bündnisses „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ an der Technischen Universität geplant. Dort wurde es aber von der Unileitung untersagt. So wichen die Verantwortlichen auf einen anderen Termin und in die Räume der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi an der Cottaer Straße aus.

„Nazifrei“-Sprecher Henning Jansen rechtfertigte das Training am Sonnabend. „Wir wissen, dass wir uns an einer rechtlichen Grenze bewegen, aber wir nehmen und das Recht“, sagte Jansen. Den Nazis spreche man das Recht ab, ihre Propaganda auf den Straßen zu verbreiten, so Jansen weiter. Das für zwei Stunden angesetzte Training wurde allerdings am Sonnabend von den Medien durcheinander gebracht. Schon dabei wurde klar – nicht jeder ist sich seiner Sache so sicher, wie sich das die „Nazifrei“-Verantwortlichen wünschen. Etwa zehn Teilnehmer wollten sich nicht fotografieren und filmen lassen. Sie teilen die Bedenken einer Aktivistin, die warnte, die Bilder und Berichte könnten schließlich auch verwendet werden, um später gegen sie juristisch vorzugehen, sollten sie bei einer Blockade ins Visier der Polizei geraten sein.

Ohne Medienbeobachtung lernten später aber auch sie, dass bei Demos und Blockaden gekreuzte Unterarme „nein“ bedeuten, muss man ohne Worte eine Entscheidung kund tun. „Ja“ sagt man, wenn man beide Hände hebt und sie bewegt, als wolle man Glühbirnen in Fassungen schrauben. Sie lernten auch, dass Wechselkleidung auf Demonstrationen mitgenommen werden sollte, schließlich „sprüht die Dresdner Polizei gern mit Wasser, auch wenn es kalt ist“, wie der Demotrainer aus Jena sagte.

Das „Bündnis Nazifrei“ will weitere Blockadetrainings veranstalten. cs

Mitteldeutscher Rundfunk

Protest gegen Rechtsextremismus: Bündnis Nazifrei gibt Blockadeschulung

Unbeirrt von der öffentlichen Diskussion hat das Bündnis Dresden Nazifrei am Sonnabend ein so genanntes Blockadetraining durchgeführt. 70 Interessierte, vom Jugendlichen bis zum Rentner, haben nach Angaben der Veranstalter gelernt, wie sie in "schwierigen und unübersichtlichen Situationen besonnen handeln" können. Hintergrund der Aktion sind die alljährlichen Aufmärsche von Rechtsextremisten in Dresden und die Proteste dagegen. Wie das Bündnis weiter mitteilte, soll es bis Februar vier weitere Blockadetrainings geben.

Die Veranstaltung war Anfang Oktober schon einmal geplant, in den Räumen der Technischen Universität Dresden. Nach heftiger Kritik, vor allem aus den Reihen der CDU und FDP, wurde es abgesagt. Innenminister Markus Ulbig sieht in den

Blockaden eine "Einladung für Gewalttäter". Die Blockaden seien rechtswidrig und trügen zur Eskalation bei.

Heftige Kritik an ver.di

Nachdem die Hochschule nicht mehr als "Trainingsstätte" zur Verfügung steht, hat jetzt die Gewerkschaft ver.di ihre Räume geöffnet. Und wieder hagelt es Kritik von den Regierungsparteien. FDP-Innenexperte Benjamin Karabinski erklärte, es sei "erschreckend, dass sich ver.di von potenziellen linken Gewalttätern vor den Karren spannen lässt". Der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Hartmann forderte die Gewerkschaft mit Verweis auf ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung auf, die Zusammenarbeit mit dem Bündnis aufzugeben. "Sie darf denjenigen, die gewalttätige und rechtswidrige Aktionen vorbereiten, keine Plattform bieten", sagte Hartmann.

Ver.di erklärte am Freitag dazu, friedliche Massenblockaden seien eine legitime Aktionsform gegen Naziaufmärsche und keine Straftat. Das Blockadetraining sei wichtig, "um die Menschen auf brenzlige Situationen vorzubereiten und einer Eskalation vorzubeugen". Auch die Hausverwaltung hatte nach Gewerkschaftsangaben versucht, die Veranstaltung zu untersagen. Der Dresdner Gewerkschaftschef Frank Fischer sagte dazu: "Bei uns bestimmen immer noch die Mitglieder über unsere Politik, keine Unternehmen."

Bündnis: Ziviler Ungehorsam ist legitim

Das Bündnis Nazifrei stellte im Vorfeld des Blockadetrainings klar, keinesfalls zu Eskalationen aufrufen zu wollen. Sprecherin Franziska Radtke erklärte, Polizisten oder Gegner des Protestes seien "nie Adressaten". Einziges Ziel sei, sich den Rechtsextremen in den Weg zu stellen. "Ziviler Ungehorsam ist im Kampf gegen Rassismus und Nationalsozialismus nicht nur legitim, sondern notwendig." Das Bündnis will im Februar 2012 zum dritten Mal in Folge den alljährlichen Aufzug von Neonazis in Dresden mit Blockaden verhindern.

Zuletzt aktualisiert: 12. November 2011, 21:23 Uhr
<http://www.mdr.de/sachsen/blockadetraining100.html>

MDR-Sachsenspiegel: Streit um Blockadetraining – Videobeitrag
<http://www.mdr.de/sachsenspiegel/video23900.html>

BILD, Ausgabe Dresden

Gewerkschaft trotz Kritik am Blockade-Training

Dresden – Die Gewerkschaft Ver.di stellt trotz heftiger Kritik (BILD berichtete) ihre Räume für das Blockadetraining des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ zur Verfügung. Los geht es heute um 15 Uhr in der Cottaer Straße 2. Friedliche Massenblockaden seien eine legitime Aktionsform gegen Naziaufmärsche und keine Straftat, so ein Gewerkschaftssprecher. Das Training sei wichtig, um u.a. Menschen auf brenzlige Situationen vorzubereiten.

Blockade-Training war ´ne Quatschrunde

Von Luise Schlitter

50 Aktivisten saßen bei Ver.di Probe. BILD erklärt, warum das nicht harmlos ist

Dresden – Rund 50 Anhänger des „Bündnis Dresden Nazifrei“ nahmen Samstag bei der Gewerkschaft Ver.di im fröhlichen Sitzkreis Platz.

Die Leute stellten sich zuerst vor, berichteten dann von Erlebnissen von Demonstrationen. Das war der Beginn des umstrittenen Blockade-Trainings (BILD berichtete).

Dann lernten sie u.a., wie man sich mit Handzeichen in der Gruppe verständigt und sich von Polizeibeamten von der Straße tragen lässt. Und wofür die Quatschrunde? Um die Nazi-Aufmärsche in Februar 2012 zu verhindern.

Das Sitz-Training der Gruppe aus Studenten, Rentnern und Aktivisten erschien für Außenstehende eher chaotisch, unkoordiniert und laienhaft. Und irgendwie harmlos.

Doch das ist es nicht! Diese drei unbequemen Wahrheiten haben die Teilnehmer verdrängt:

1. Blockade-Trainings können als Vorbereitung einer Straftat (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte §113 Strafgesetzbuch) gelten.
2. Die geplanten Sitzblockaden ziehen Demo-Touristen aus ganz Deutschland an – und darunter auch gewaltbereite Autonome.
3. Am Rande der letzten Blockaden am 19. Februar kam es zu Ausschreitungen, mehr als 100 Polizisten wurden dabei verletzt.

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Hier trainieren Demonstranten eine Blockade

Vom Jugendlichen bis zum Rentner – 70 Menschen trainieren das Verhalten bei Blockaden. Das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ will im Februar den alljährlichen Aufzug von Neonazis in Dresden mit Blockaden verhindern (Foto). Die Staatsanwaltschaft Dresden und auch die Regierungskoalition im Landtag halten die Blockaden für eine Straftat. Die Opposition und das Bündnis berufen sich auf das Recht von Gegendemonstrationen und sehen sich durch Gerichtsurteile aus anderen Bundesländern im Recht.
